

## Analyse der Wahlprogramme

Nach 5 Jahren wird in Hessen am 8. Oktober ein neuer Landtag gewählt. Auch für den Naturschutz eine wichtige Weichenstellung. Für die Wahlentscheidung spielt eine Rolle, was in der Vergangenheit tatsächlich umgesetzt wurde, aber vor allem auch die Ziele für die nächste Legislatur. Wir haben in die Wahlprogramme der im Landtag vertretenen Parteien geschaut und mit unseren NABU-Forderungen verglichen. Da wir hier nur wenige Aspekte darstellen können, empfehlen wir einen Blick in die ausführlichen Programme der Parteien.

### Natürliche Auen

Für den NABU hat die Schaffung natürlicher Auen eine hohe Priorität. Das nutzt dem Wasserrückhalt im Klimawandel und vielen Arten als Lebensraum, z. B. dem Biber. Es nutzt dem Hochwasserschutz und kann gleichzeitig Wanderwege für Arten schaffen. Mit über 22.000 km Gewässern in Hessen könnten die Auen das Rückgrat eines Biotopverbundes darstellen. In Verhandlungen konnte der NABU erreichen, dass in einer „Kooperationsvereinbarung Landwirtschaft und Naturschutz“ das Ziel aufgenommen wurde, an 1000 km Gewässern pro Jahr einen Gewässerentwicklungstreifen von 10 Metern Breite mit natürlicher Entwicklung einzurichten. Diesen Worten müssen nun Taten folgen. Der NABU fordert auf 8000 km natürliche Uferstreifen.

Die Linke will Bäche und Flüsse wieder zu Lebensadern machen. Sie will ein Flächenkataster zur Auenrückgewinnung anlegen und im Hessischen Wassergesetz verankern. In den Gewässerrandstreifen dürfe kein Ackerbau mehr betrieben werden. Die GRÜNEN wollen breitere pestizid- und düngerfreie Gewässerrandstreifen als Pufferstreifen fördern. Das „Wilde-Bäche-Programm“ soll von 100 auf 200 Bäche ausgeweitet werden. Die SPD fordert die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), den guten Zustand der Gewässer und Uferstrandstreifen, um Schadstoffeinträge zu reduzieren. Die CDU will die gesetzlich vorgeschriebene Umsetzung der WRRL fortsetzen und die Förderung für Gewässerrenaturierung beibehalten. Auch sie will das 100-wilde-Bäche-Programm ausweiten und Synergieeffekte mit Naturschutz und Biotopvernetzung nutzen. Die FDP fordert die Optimierung der Wasserwirtschaft, verbunden mit der Renaturierung von Gewässern. Die AfD sagt nichts dazu.

### Wasserrückhalt in Wald und Offenland

Die trockenen Sommer der letzten Jahre haben gezeigt, dass wir vor einer ganz neuen Herausforderung stehen. Haben sich Land-, Forst- und Wasserwirtschaft in den letzten 100 Jahren intensiv um die Entwässerung der Landschaft mit Gräben, Drainagen und Gewässerbegradigung gekümmert, so müssen sie heute das Gegenteil tun: Das Wasser so lange wie möglich in Wald, Feld und Stadt zurückhalten. Die Entwässerungen der Vergangenheit waren nicht nur für Lebensräume und Arten ein großes Problem, sondern sind es heute in trockenen Jahren auch für das Überleben von Wäldern und die Bodenfruchtbarkeit der Landwirtschaft. Es braucht Maßnahmen zum Wasserrückhalt in Wäldern, zur Stärkung der Grundwasserneubildung (Biberreviere), eine andere Forstwirtschaft (geschlossene Bestände), mehr Feuchtgrünland. Dafür fordert der NABU dringend Konzepte und Umsetzung.

Die LINKE fordert, dass Wasser aus Niederschlägen so viel wie möglich zum Wasserrückhalt und zur Grundwasserneubildung in Wäldern und auf Feldern bleiben muss. Die SPD will eine Wasserwirtschaft, bei der Entsiegelung und Renaturierung eine wichtige Rolle spielen. Auch die FDP fordert die Erstellung einer hessischen Wasserstrategie und die Wiedervernässung von Mooren. Sie will eine Optimierung der Wald- und Wasserwirtschaft, verbunden mit Renaturierungsmaßnahmen der Gewässer. Die GRÜNEN wollen mit der Renaturierung der hessischen Auenlandschaften sowie der Wasserrückhaltung in der Landschaft die Grundwasserneubildung und den Hochwasserschutz fördern. Die AfD sieht keinen Grund für Alarmismus: Dem Menschen sei es insbesondere in den wärmeren Phasen gut gegangen. Die LINKE fordert den Wassercent und gibt an, wofür er verwendet werden soll: Für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, zur Renaturierung und Sanierung grundwasserabhängiger Landlebensräume wie Riedwälder und Sümpfe sowie zum Schutz und zur Wiedervernässung von Mooren. Die GRÜNEN fordern sie, um damit nachhaltige Projekte der Wasserversorgung zu finanzieren. Auch die SPD fordert die Einführung einer Wasserabgabe. Die CDU lehnt sie ab, die FDP lehnt sie strikt ab. Die AfD sagt nicht dazu.

## Schutzgebiete

Wenn es um Kulturlandschaften geht, die zum Erhalt bewirtschaftet oder gepflegt werden müssen, stehen Schutzgebiete oft nur „auf dem Papier“. Der NABU fordert ein effektives Management der Schutzgebiete und hat dafür von der EU Rückendeckung bekommen. Diese verlangt in ihrer EU-Biodiversitätsstrategie von den Mitgliedsstaaten die Ausweisung von effektiv gemanagten Schutzgebieten auf 30% der Landesfläche. Hier fordert der NABU vor allem, dass neben den Erhaltungszielen auch Entwicklungsziele in den Maßnahmenplänen definiert werden. Also konkrete Flächen und Maßnahmen zur Wiederherstellung von Natur. Auch muss in jedem Plan behandelt werden, ob die „Kohärenz“ für die zu schützenden Arten funktioniert. Darunter versteht man den Biotopverbund zwischen den Schutzgebieten, also die Zu- und Abwanderungsmöglichkeit in andere Gebiete. Ein Drittel der Schutzgebiete, also 10 Prozent der Landesfläche, sollen strikte Schutzgebiete sein. Das sind Gebiete mit natürlicher, ungestörter Entwicklung, also in Hessen in der Regel Naturwälder und Wildnisflächen.

Die GRÜNEN wollen eine Trendumkehr bei bedrohten Tieren und Pflanzen erreichen und verlorengegangenen Lebensraum wiederherstellen. Die Biodiversitätsstrategie soll weiterentwickelt und das globale Ziel, Schutzgebiete auf 30% der Landesfläche einzurichten, auch durch neue Naturschutzgebiete erreicht werden. Für Schutzgebietsnetz und Biotopverbund sollen bis 2030 insgesamt 1 Mrd. Euro investiert werden. Die großen Schutzgebiete sollen weiterentwickelt werden - mit guten Standards für Schutz, Forschung, Evaluation, Bildung und Betreuung und Förderung des Landes. Die SPD fordert den Schutz von Mähwiesen und Weideflächen in Gebieten der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie und Biosphärenreservaten. Die FDP will das Einschlagsmoratorium für alte Buchen in europäischen Schutzgebieten aufheben. Die AfD lehnt ein Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten ab. Die CDU räumt dem Vertragsnaturschutz ausdrücklich Vorrang vor Schutzgebieten oder ordnungsrechtlichen Vorgaben ein. Sie will den Ausbau eines Zentrums im Biosphärenreservat Rhön unterstützen. Die LINKE sagt zu Schutzgebieten nichts.

## Natürliche Wälder

In Zeiten sterbender Wälder im Klimawandel brauchen wir dringend eine Schutzstrategie für unsere Wälder. Ein Bestandteil davon ist die Entwicklung von mehr Naturwäldern ganz ohne forstliche Nutzung. Nur dort kann sich das Kronendach schließen und den Wald vor Austrocknung schützen. Nur dort gibt es genug Feuchtigkeit, Humus, vermodernde Stämme, die auch in heißen Sommern den Wald am Leben halten, Naturverjüngung ermöglichen und den walddtypischen Arten einen Lebensraum bieten. Da wir bisher zu wenig solcher Naturwälder haben, fordert der NABU für die nächste Legislatur 10 neue Wildnisgebiete für Hessen und die Erfüllung des Ziels der Nationalen Biodiversitätsstrategie, auf 2% der Landesfläche Wildnis zu ermöglichen. Auch sollten alle Naturwälder über 50 ha als Naturschutzgebiete langfristig gesichert werden.

Das ehrgeizigste Ziel zur Schaffung von Naturwäldern haben die SPD und LINKE: Beide haben das Ziel 10% des Waldes (= 83.000 ha) aus der Bewirtschaftung zu nehmen (aktuell: 33.141 ha) und will dabei zu großen zusammenhängenden Gebieten kommen. Die GRÜNEN setzen sich explizit dafür ein, auf 2% der Landesfläche (= 42.230 ha) Wildnis zuzulassen (aktuell: 10.158 ha), also für die qualitativ höchstwertige natürliche Entwicklung in über 10 km<sup>2</sup> großen Schutzgebieten. In Waldpartnerschaften mit Kommunen sollen Wildnisgebiete entwickelt werden. Alle Naturwälder über 50 ha sollen gesetzlich geschützt werden. Nach Auffassung der AfD sollen keine weiteren Flächen im Staatswald „stillgelegt“ werden. Auch die CDU lehnt es ab, weitere Flächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen. Die FDP lehnt selbst die bestehende Naturwaldentwicklung im landeseigenen Wald auf 10 Prozent ab.

## Biotopverbund

Der NABU konnte in Verhandlungen mit Landwirtschaftsverbänden und dem Umweltministerium erreichen, dass in eine „Kooperationsvereinbarung Landwirtschaft und Naturschutz“ das Ziel aufgenommen wurde, auf 15% des Offenlandes Naturschutzflächen für einen Biotopverbund zu etablieren. Dies muss nun umgesetzt werden. Der NABU fordert hier Personal zur Umsetzung, z. B. bei den Landschaftspflegeverbänden. Auch brauchen wir eine landesweite Wegerandstreifen-Strategie.

Die GRÜNEN wollen Kommunen fördern, die eine kommunale Biotopverbundplanung machen und umsetzen. Die Kontrolle, ob Ersatzmaßnahmen tatsächlich umgesetzt wurden, soll neu geordnet werden. Auch die SPD will einen Biotopverbund über Wald- und Wegränder, Strukturelemente in der Landschaft, Saum- und Trittsteinbiotope auf 15 % der Landesfläche. Die Artenvielfalt soll durch gezielte Vernetzung erhöht werden. Die LINKE geht nur etwas in diese Richtung: Für den Arten- und Biotopschutz sollen mehr unzerschnittene verkehrssarme Landschaftsräume gesichert werden. Die FDP sieht Verbesserungsmöglichkeiten für die Natur durch Vernetzung isolierter Biotope, fordert die Einbindung von Straßenbegleitgrün für Biodiversitätsförderung, mehr Hecken und Gehölzstreifen und fordert die Wiederherstellung von Feuchtgebieten und Mooren. Naturschutz-Kompensationsmaßnahmen sieht sie aber als Verlust landwirtschaftlicher Flächen, sie sollen künftig „verstärkt im Objekt selbst“ umgesetzt werden. Die EU-Pflicht für Ackerbrachen soll aber dauerhaft ausgesetzt werden. Die CDU lehnt weitere Flächenstilllegungen, wie sie für den Biotopverbund erforderlich sind, entschieden ab. Hessen habe bereits ausreichend Rückzugsräume für Arten geschaffen. Sie sieht die Schaffung solcher Lebensräume als „Eingriffe“ an. Sie will den Biotopverbund aber auf 15% des Offenlandes durch freiwilligen Vertragsnaturschutz umsetzen. Ersatzgelder, die bei Naturzerstörung gezahlt werden müssen, sollen künftig weniger neue Lebensräume schaffen: Sie sollen künftig nicht mehr dazu verwendet werden dürfen, produktive land- oder forstwirtschaftliche Flächen aufzukaufen oder sie aus der Nutzung zu nehmen. Auch nach Auffassung der AfD muss die Stilllegung ertragreicher Flächen vermieden werden.

## Forstwirtschaft

Neben Naturwäldern wird auch künftig die allermeiste Fläche des Waldes weiter bewirtschaftet werden. Nach Auffassung des NABU sollten neben 15% Naturwäldern (bis 2030) immer noch 85% des Waldes bewirtschaftet werden, um Holz als Rohstoff zu nutzen. Die Art und Weise der Bewirtschaftung muss sich aber wegen des Klimawandels deutlich ändern. Geerntet werden dürfen nur einzelne Stämme oder kleine Baumgruppen, damit das Kronendach weitgehend geschlossen bleibt und sich immer wieder schließen kann. Eine Dauerwaldstruktur mit Bäumen verschiedenen Alters muss dafür sorgen, dass der Boden immer feucht-kühl und beschattet bleibt. Bäume müssen deutlich älter werden und der Wald reicher an Holzmasse, damit das Potential zum natürlichen Klimaschutz (CO<sub>2</sub>-Bindung) genutzt wird, und viele walddtypische Arten wieder einen Lebensraum finden.

Die GRÜNEN kündigen an, das Waldgesetz zu ändern und konsequent an Naturschutz, Klimaschutz und Erholungszielen auszurichten. Es soll mehr alte Wälder und höhere Holzvorräte geben, um mehr Kohlenstoff zu speichern. Nach Ansicht der LINKEN muss die Forstwirtschaft Naturschutz und die ökologischen Leistungen des Waldes höher gewichten als die Holzproduktion. Die SPD will einen mosaikartigen und ungleichaltrigen Wald. Erst dieser Struktur- und Artenreichtum des Dauerwaldes gebe Wäldern eine hohe Anpassungskraft an das sich verändernde Klima. Sie will die Potenziale des biologischen Klimaschutzes nutzen und dafür die Umtriebszeit (= das Alter der Fällung) der Bäume erhöhen. Ein Aufreißen des Schirms soll künftig vermieden werden, um die Wälder im Klimawandel zu stabilisieren. Die CDU sieht die Biodiversität bereits durch die Forstwirtschaft wirksam geschützt. Sie will die Holzvorräte „mobilisieren“, also absenken, um die Sägewerke mit ausreichend Rohstoff zu versorgen. Weiterer Auflagen und Beschränkungen bedarf es nicht. Weitere Umweltleistungen sollen über freiwilligen Vertragsnaturschutz umgesetzt werden. Die FDP will neu entscheiden, welches Forstrevier nach FSC zertifiziert bleibt. Sie will ideologische Grabenkämpfe, die durch die zwanghafte FSC-Zertifizierung des Staatswaldes entstanden seien, beenden. Die AfD missbilligt die FSC-Zertifizierung des Staatswaldes und will sie rückgängig machen. Auch die Naturschutzleitlinie für den Staatswald schränke die Bewirtschaftung in unzulässiger Weise ein.

## Landwirtschaft

Der beste Weg zu einer giftfreien Landwirtschaft ist der ökologische Landbau. Bisher haben wir den in Hessen auf 16% der landwirtschaftlichen Fläche. Der NABU fordert eine attraktive Förderung, damit der Anteil auf 25% bis 2025 und auf 30% bis 2030 steigt. Für das Überleben der Arten braucht es einen Mindestanteil an nicht bewirtschafteten Naturschutzstrukturen wie Hecken und Brachen in der Landschaft, der von bisher 4% der landwirtschaftlichen Fläche auf 10% erhöht werden sollte (Space for nature: <https://www.nabu.de/natur-und-landschaft/landnutzung/landwirtschaft/agrarpolitik/eu-agrarreform/28767.html>).

In der Landwirtschaftspolitik prallen Welten aufeinander: Für die LINKEN ist die industrielle Fleischproduktion ein echter „Klimakiller“. Die CDU will Schweinehaltungs-Kapazitäten ausbauen. Die AfD fordert, „die Bevorzugung vegetarischer Ernährung ist einzustellen“. Die GRÜNEN wollen bis 2030 einen Anteil an Ökolandbau von 30% erreichen, ebenso die LINKE, die zudem die Festlegung jährlicher Zwischenziele fordert. Die SPD unterstützt Umstellung von Betrieben auf ökologischen Landbau und fordert die Erweiterung von Fruchtfolgen. Hingegen will FDP das Ziel, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 25 Prozent im Jahre 2025 auszuweiten neu evaluieren. Die CDU lehnt ordnungsrechtliche Vorgaben oder gar staatlich angeordnete Flächenstilllegungen ab. Sie will den Landnutzungsverbänden die gleichen Rechte einräumen, wie den Naturschutzverbänden.

Landwirte sollen vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen künftig „ideologiefrei“ beraten werden. Überzogene Standards und Vorschriften sollen abgesenkt werden. Laut AfD sei die Ernährungssicherheit durch Eigenversorgung in Deutschland ist nicht mehr gewährleistet.

### **Reduktion von Dünger und Pestiziden**

Der NABU fordert eine Verschärfung der Pestizidreduktionsstrategie, denn Hessen wird derzeit von den Vorgaben aus der EU überholt: Bisher ist eine Reduktion um 30% bis 2030 vorgesehen, die EU verlangt aber mindestens 50% bis 2030. Es fehlt ein Verbot aller synthetischen Pestizide in sensiblen Gebieten wie städtischen Grünanlagen, Parks oder Gärten, Spielplätzen, Erholungsgebieten, Sportstätten, an öffentlichen Wegen, in Natura2000-Schutzgebieten, Naturschutzgebieten und allen ökologisch sensiblen Gebieten.

Die LINKE fordert ein Verbot des Einsatzes von Glyphosat und anderer Totalherbizide. Demnach werde mit jeder Pflanzenart, die auf dem Acker verschwindet, zehn Insektenarten die Nahrungsgrundlage entzogen. Die SPD fordert die Reduzierung von Stickstoffüberschüssen und Pflanzenschutzmitteln. Dagegen lehnt die AfD die von der EU vorgeschlagenen Richtlinien zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln und zum verminderten Einsatz von Düngemitteln ab. Die AfD bezweifelt, dass die Düngung in der Landwirtschaft der Verursacher für überhöhte Nitratwerte im Grundwasser ist. Die GRÜNEN wollen die Vielfalt der Insekten durch weitere Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden verbessern und wollen Maßnahmen zur Minderung von Stickstoff- und Phosphateinträgen unterstützen. Die CDU will Sondertöpfe für Landwirte schaffen zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln und Düngung, und für Insektenschutz. Die FDP stellt schon in einer Überschrift dar: Ohne effiziente Düngung und Pflanzenschutz geht es nicht. Eine ausreichende Palette zugelassener Wirkstoffe sei notwendig.

### **Flächenverbrauch**

Vielerorts entstehen neue Baugebiete, Logistikhallen und Straßen – trotz aller Beteuerungen der Politik zum sparsamen Flächenverbrauch. Natur braucht Lebensräume, Nahrungsproduktion braucht Fläche und auch Energieproduktion braucht Fläche. Daher meint der NABU, dass Flächen zu kostbar sind, um sie zu versiegeln. Der Flächenverbrauch muss auf Null reduziert werden. Das heißt, wenn noch irgendwo gebaut wird, muss dafür anderswo entsiegelt, also renaturiert werden.

Die GRÜNEN wollen den Flächenverbrauch auf höchstens 1 Hektar pro Tag bis 2030 verringern. Perspektivisch müsse das „Netto-Null“-Ziel erreicht werden. Die GRÜNEN wollen dies bei der Landesentwicklungsplanung, über konkrete Flächenzielvorgaben und im Rahmen der Praxis der hessischen Landesgesellschaft sicherstellen. Die LINKE fordert Netto-Null-Versiegelung bis 2030, gute Ackerböden sollen nicht mehr bebaut werden dürfen. Die SPD strebt den Netto-Null-Verbrauch perspektivisch an. Die FDP will die Versiegelung wertvoller Böden verringern. Die AfD sagt zwar, die Versiegelung ertragreicher Flächen sei nur in gut begründeten Ausnahmefällen zu gestatten, will aber den Ausbau der Bundesstraßen zügig umsetzen und geplante Ortsumgehungen umgehend realisieren. Im CDU-Programm bekommt man den Eindruck, der Naturschutz sei der Flächenverbraucher – kein Wort zu Straßen, Baugebieten oder Logistikzentren. Das Versiegelungsziel von 2,5 Hektar pro Tag soll beibehalten werden. Ersatzaufforstungen soll es nicht mehr geben, naturschutzrechtliche Restriktionen der landwirtschaftlichen Produktion sollen abgebaut werden. Die Stilllegung von Ackerflächen soll ausgesetzt werden.

## Naturverträgliche Energiewende

Der NABU fordert, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien naturverträglich erfolgt. Da 80% der Windkraftvorrangräume im Wald liegen, müssen vor allem Wälder und Wald-Arten geschützt werden. Wenn es 2% Vorrangräume für die Windkraft gibt, sollte daher auch das 2% Wildnis-Ziel (s.u.) als Vorrangräume für die Arten erfüllt werden. Gezielte Artenhilfsprogramme für windkraftsensible Arten müssen die Populationen der Arten so aufbauen, dass Verluste an Windkraftanlagen ausgeglichen werden. Das Land hat bereits vor einigen Jahren „Maßnahmenräume“ für gezielte Lebensraumverbesserungen ausgewiesen. Dort muss endlich auch etwas umgesetzt werden.

Die SPD fordert, dass die mit den Naturschutzverbänden abgestimmten Maßnahmenpläne zum Vogelschutz beim Windkraftausbau endlich mit Personal ausgestattet und umgesetzt werden müssen. Auch die GRÜNEN kündigen den finanziellen und personellen Ausbau und die Verstärkung der Artenhilfsprogramme und von Fördergebieten für den Artenschutz an. Bei CDU und FDP findet sich kein Hinweis auf Artenschutz beim Ausbau erneuerbarer Energien, z. B. in Artenhilfsprogrammen. Die AfD fordert einen gänzlichen Ausbaustopp für Windkraft- und Solaranlagen, aber nicht aus Artenschutzgründen. Die LINKE hat viele Forderungen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, geht aber auch nicht auf Artenschutz dabei ein.

## Jagd

Für den NABU ist klar: Die Jagd ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Tiere auch gegessen oder anderweitig verwertet werden. Die Jagd aus Spaß oder zur „Regulation“ lehnt der NABU ab. Kleinräumig kann es mal eine Ausnahme geben, wenn zum Schutz anderer bedrohter Arten eine punktuelle Bejagung auf einen Prädator nötig ist, z. B. auf Waschbären in einem Steinbruch, die ansonsten Amphibienvorkommen auslöschen können. Dies bezeichnen wir aber nicht als Jagd, sondern als Wildtiermanagement. Die hessische Jagdpolitik wurde in den letzten Jahren erheblich verbessert und viele NABU-Forderungen umgesetzt.

Manche Parteien überbieten sich in der Forderung nach Abschuss weiterer Tierarten: Laut FDP müsse die Entnahme von Bibern zukünftig möglich sein. Sie will auch Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss von Saatkrähen ermöglichen. Jagdpolitik dürfe nicht ideologischem oder populistischem Aktionismus geopfert werden. Die FDP sieht bürokratische Hürden, praxisfremde Verordnungen, unsachgerechte Abschusspläne oder Generalverdachte über die Ausübung des Jagdhandwerkes. Die CDU sieht die Jagd als wichtigen Beitrag zum Natur- und Artenschutz. Das etwa 12 Zentimeter große Mauswiesel soll genauso wieder gejagt werden, wie Iltis und den Baummartener. Die Jagdzeiten auf Gänse, Elstern und Rabenkrähen sollen ausgedehnt werden. Kormoran und Biber sollen zu jagdbaren Arten werden. Die CDU kündigt an, alle Anstrengungen zu unternehmen, um zu verhindern, dass es jagdfreie Gebiete, z. B. in Naturwäldern gibt. Auch die AfD versteht Jagd als notwendiges Regulativ. Die GRÜNEN wollen die Jagd auf bestandsgefährdete Tierarten beenden. Die Abschusspläne für Rehwild sollen abgeschafft werden, um Naturverjüngung im Wald zu fördern. Auch die SPD will einen angepassten Wildbestand. Die LINKE will ein Verbot der Jagd als Freizeitvergnügen. Beunruhigend ist der Trend zum Populismus bei dieser Wahl: Obwohl es nur drei Wolfamilien in Hessen gibt, taucht der Wolf gleich siebenmal im CDU-Programm auf, siebenmal bei der FDP, bei der AfD sechsmal, bei den Grünen zweimal, bei der SPD einmal (mh).